

Bus und Zug sollen erste Wahl werden

Die Gemeinden Döttingen, Böttstein und Klingnau haben einen überkommunalen Gesamtplan Verkehr erarbeitet. Darin präsentieren sie über 30 Massnahmen.

UNTERES AARETAL (nm) – Stau, längere Wartezeiten und Lärm: Das Verkehrsaufkommen in Döttingen, Böttstein und Klingnau nimmt stetig zu. Durch die geplanten Wohn- und Gewerbegebiete, steigende Bevölkerungszahl und den wachsenden Bedarf nach einer gut abgestimmten Infrastruktur entsteht ein zunehmendes Kapazitätsproblem.

Um dem frühzeitig entgegenzuwirken, haben die drei Nachbargemeinden in den letzten zweieinhalb Jahren, auch aufgrund ihrer direkten Verbindungswege, gemeinsam einen überkommunalen Gesamtplan Verkehr (üKGV) erarbeitet. Dieser liegt nun zwischen dem 3. März und 1. April bei den jeweiligen Verwaltungen öffentlich zur Mitwirkung auf.

Weniger Eltern-Taxis erwünscht

Im Zuge der Projektierung wurde eine Reihe von Zielen bestimmt: So sollen die kurzen Wege innerhalb der Gemeinden vermehrt zu Fuss oder mit dem Velo zurückgelegt und öffentliche Räume zugänglicher gestaltet werden. Für

Reisen in die Agglomerationen Baden und Brugg soll der öffentliche Verkehr (ÖV) die erste Wahl sein. Dafür setzen sich die Gemeinden für einen Ausbau des Bus- und Zugangebots ein und streben «attraktive» Umsteigebeziehungen vom Individualverkehr auf den ÖV an. Auf Grundlage unterschiedlicher Faktoren wurde im beiliegenden Bericht des üKGV ein Katalog von 33 Massnahmen in den Bereichen motorisierter Individualverkehr (MIV), Fuss- und Veloverkehr, ÖV, Klima- und Aufenthaltsqualität sowie Raumplanung erstellt. Besonders im Fokus steht der MIV, gleich elf Massnahmen sind an ihn adressiert. Eine davon ist die Einführung von Tempo-30-Zonen auf Gemeindestrassen in Wohngebieten für die Verkehrssicherheit. Eine andere sieht vor, Begegnungszonen an Schulen einzurichten, um den Einsatz von Eltern-Taxis zu reduzieren und die Förderung und Unterstützung von Lösungsansätzen für die Güterverteilung auf den letzten Kilometern, zum Beispiel mit Cargo-Bikes. Zudem wird von einer «wirksamen»

Parkplatzbewirtschaftung gesprochen – monetär oder zeitlich – um die Verkehrsmittelwahl der Menschen besser zu steuern. Das bedeutet, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass der Anteil des MIV auf der Strasse verringert wird.

Kontrollen werden durchgeführt

Die insgesamt 14 Massnahmen für den Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr zielen grundsätzlich auf eine Erweiterung des bestehenden Angebots ab. Vorgesehen ist dabei, dass Strassen dort sicher und mit Vorrang überquert werden, wo viele Fussgänger und Velofahrer unterwegs sind. Zur Umsetzung werden Langsamfahrzonen, Fussgängerschutzinseln und flächige Querungsmöglichkeiten diskutiert.

Die verbleibenden acht Massnahmen betreffen die Raumplanung sowie die Klima- und Aufenthaltsqualität. Ziel ist es, unter anderem durch Lärmreduktion und eine bessere Luftqualität im Umfeld der Koblenzerstrasse K113 die Wohnqualität zu erhöhen. Zudem wird der hitzeangepassten Siedlungsentwicklung eine höhere Priorität eingeräumt als verkehrsbezogenen Anforderungen. Bereits Baumpflanzungen können hier Entlastung bringen.

Umgesetzt wird der üKGV in einem fortlaufenden Prozess. Zwar sind die Zielsetzungen offiziell genehmigt, doch



Der Kreisell Monti in Döttingen verbindet die Wege nach Klingnau und Böttstein.

müssen die getroffenen Schritte in einer Vollzugskontrolle regelmässig bewertet und wenn nötig an veränderte Bedingungen angepasst werden. Diese Aufgabe liegt im Rahmen der periodischen Legislaturplanung bei den Abteilungen Planung und Bau, die dazu Berichte für

die Gemeinderäte und den Stadtrat erstellen.

Zusätzlich prüfen die Gemeinden Döttingen, Böttstein und Klingnau alle vier Jahre in einer Wirkungskontrolle, ob die Massnahmen den gewünschten Effekt zeigen.